

Stadtberger Erklärung der Arbeitnehmer-Union (CSA)

Landesversammlung am 7. Mai 2022

Soziale Sicherheit – wirtschaftlich stark – Wohlstand bewahren

Nach den Herausforderungen durch die Corona-Pandemie sehen wir uns mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine mit der nächsten einschneidenden Krise konfrontiert. Diese hat enorme wirtschaftliche und soziale Auswirkungen. Die Energiepreise- und Lebenshaltungskosten steigen, Lieferketten drohen abzureißen, Rohstoffmärkte verändern sich und in dieser Gesamtsituation droht eine zunehmende konjunkturelle Eintrübung bis zur Gefahr einer neuen Rezession. Dies kann auch entscheidende Auswirkungen auf die persönliche wirtschaftliche Situation der Menschen und das Beschäftigungsniveau haben. Derzeit sind die Daten auf dem Arbeitsmarkt noch sehr robust. Die Beschäftigung ist hoch, die Arbeitslosigkeit befindet sich auf einem sehr niedrigen Stand. Damit schlagen sich die beschäftigungssichernden Maßnahmen während der Corona-Pandemie, wie die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, positiv auf die Beschäftigungsrate nieder. Dennoch müssen bereits jetzt vorausschauend Vorkehrungen getroffen werden, um mögliche krisenhafte Entwicklungen für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung abzumildern.

Auch sehen sich die Menschen einem zunehmend hohen Inflationsdruck ausgesetzt. Die Teuerungsraten bewegen sich mittlerweile um die 7 % und erreichen Werte wie sie seit über 40 Jahren nicht mehr zu verzeichnen waren. Es ist nicht absehbar, wann mit deutlich niedrigeren Inflationsraten ein stabilerer Geldwert erreicht werden kann. Es ist zu befürchten, dass die Inflation keine vorübergehende Erscheinung bleibt, sondern sich zu verfestigen droht und dauerhaft über Lohn- und Kaufkraftsteigerungen liegt. Damit wird eine Politik der Bekämpfung der Inflation und ihrer Auswirkungen dringlich. Betroffen sind vor allem Menschen mit geringeren und mittleren Einkünften. Die Inflation ist wieder zu der drängenden sozialen Frage unserer Zeit geworden, weil sie reale Kaufkraft- und damit Wohlstandsverluste bedeutet. Inflation ist eine schleichende Enteignung.

Wir brauchen angesichts dessen und weltweiter wirtschaftlicher Risiken (Energiesituation, Lieferketten, Rohstoffe und Absatzmärkte) eine Konzentration der Politik auf den Erhalt von wirtschaftlicher Stabilität, Stärkung des Standorts Deutschland, Beschäftigung und Inflationsbekämpfung. Die Ampelregierung hat dies bislang nicht zu ihrer Priorität gemacht. Das muss sich dringend ändern!

Im Folgenden fordern wir:

1. Die hohen Energiepreise sind eine Belastung für Arbeitnehmer und Unternehmen. Wir brauchen deutliche Entlastungen bei den Energiepreisen. Dazu zählt eine Senkung der Umsatzsteuer auf Energieleistungen sowie die Senkung der Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Mindestmaß. Wir brauchen für Deutschland eine Strategie der Energieversorgungssicherheit. Dazu gehören schnellere Planungsverfahren sowie ein vorübergehender Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke.
2. Auch Rentner, Studierende oder Kleingewerbetreibende müssen von der geplanten Energiepreispauschale profitieren. Sie sind bei geringeren Einkommen typischerweise von steigenden Energiekosten besonders betroffen. Es wäre sozial ungerecht, wenn die Energiepreispauschale für sie nicht gelten würde. Auch muss sichergestellt werden, dass die geplante Energiepreispauschale nicht sozialversicherungspflichtig ist. Sie darf die Lohnkostenanteile für Arbeitgeber nicht verteuern.
3. Die notwendige Fahrt zur Arbeit darf nicht zum Luxus werden. Die Aufwendungen dafür sollten Arbeitnehmer noch stärker steuerlich berücksichtigen dürfen. Wir treten daher für eine Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer in Höhe von zunächst 38 Cent je Kilometer ein. Die Pendlerpauschale ist im Jahr 2023 auf 40 Cent zu erhöhen und mit weiter steigenden Energiepreisen zu dynamisieren.
4. Ein gut ausgebauter und moderner ÖPNV ist das Rückgrat klimafreundlicher Mobilität. Viele Arbeitnehmer sind täglich auf ihn angewiesen. Das vom Bund geplante 9-Euro-Ticket ist reine Symbolpolitik für einen begrenzten Zeitraum und trägt nicht zu einer längerfristigen Verbesserung bei. Der Bund ist aufgefordert, die Regionalisierungsmittel für die Länder mittel- und langfristig spürbar zu erhöhen, damit dauerhaft eine Verbesserung der Anbindungsqualität und eine Senkung der Preise im ÖPNV erzielt werden können.
5. In Zeiten steigender Inflation muss der Staat gegensteuern und gerade kleine und mittlere Einkommen entlasten. Unmittelbar entlastend wirken steuerliche Freibeträge und Pauschbeträge. Daher ist der steuerliche Grundfreibetrag auf 12.000 Euro zu erhöhen und der Kinderfreibetrag auf den Wert für Erwachsene. Der Arbeitnehmerpauschbetrag ist spürbar zu erhöhen. Das erzielt eine dauerhafte Entlastungswirkung.
6. Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ist der richtige und gebotene Schritt. Angemessene und faire Löhne, die zum Leben reichen, sind eine Frage von Respekt und Wertschätzung. Auf Dauer sollte die Lohnfindung keine Angelegenheit des Gesetzgebers, sondern der Tarifparteien und der Mindestlohnkommission bleiben. Wir brauchen künftig mehr Tarifbindung sowie eine Mindestlohnkommission, welche die Frage des

Mindestlohns stärker unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten sieht und entscheidet.

7. Auch im Einkommenssteuertarif muss sich die Problematik der Inflation niederschlagen. Notwendig ist eine Berücksichtigung der sog. kalten Progression im Steuerrecht durch Anpassung des Tarifs. Ab dem von uns vorgeschlagenen erhöhten Grundfreibetrag ist der gesamte Tarif an die erhöhte Inflationsentwicklung anzupassen. Es darf nicht sein, dass mit der zunehmenden Inflation eine schleichende Erhöhung der Steuerlast einhergeht.
8. Wir treten für Beitragssatzstabilität in der gesetzlichen Krankenversicherung ein, damit diese einen dämpfenden Effekt auf die Lohnnebenkosten hat. Das Bundesgesundheitsministerium ist aufgerufen, eine Stabilität der Beitragssätze zu gewährleisten. Eine Entlastung bei den Energiepreisen darf nicht durch eine Mehrbelastung bei den Krankenkassenbeiträgen konsumiert werden.
9. Empfänger von Sozialleistungen müssen auch bei steigenden Preisen ihre Existenz sichern können. Die Regelleistungen sind daher 2023 nach oben anzupassen. Das schließt auch eine weiterhin gebotene Anpassung von Heizkostenzuschuss und Wohngeld mit ein.
10. In der Corona-Pandemie haben sich die Regelungen für Homeoffice oder mobiles Arbeiten bewährt. Wir brauchen auch jetzt einen pragmatischen Ansatz, um zukunftsfähiges Arbeiten zu ermöglichen. Weder eine Pflicht zum Homeoffice, noch deren Verhinderung ist die Lösung. Arbeitnehmer sollen die Möglichkeit erhalten, im betrieblichen Umfeld durch einen physischen Arbeitsplatz Kontakte zu Kollegen zu pflegen und dennoch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wo immer es mit dienstlichen Belangen vereinbar ist, mobiles Arbeiten zu wählen. Dazu bedarf es kluger betrieblicher Vereinbarungen.
11. Wir brauchen ein Konzept für qualifizierte Weiterbildung im gesamten Arbeitsleben. Deutschland hat hier gerade angesichts der voranschreitenden Digitalisierung in allen Bereichen noch Verbesserungsbedarf. Uns droht eine Entwicklung struktureller Arbeitslosigkeit bei steigendem Fachkräftemangel. Es ist zu überlegen, ob es für Beschäftigte ein Recht auf Weiterbildung geben sollte. Klar ist, dass die Weiterbildung sowohl für den Beschäftigten als auch für das Unternehmen einen Vorteil bieten muss.